



Regierungsratsbeschluss vom 09. Januar 2024

Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber betreffend Erlass eines Whistleblowing Gesetzes; Stellungnahme

P235271

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber als Anzug zu überweisen.

Begründung

Die Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber fordert eine erweiterte gesetzliche Regelung zu Whistleblowing, die Sicherstellung von anonymen Meldungen, einen Zuständigkeitswechsel der Meldestelle sowie die Ausweitung des Anwendungsbereichs der Whistleblowing-Bestimmungen. Der Regierungsrat hat ein hohes Interesse an dieser Thematik und möchte die Anliegen der Motion im Rahmen eines Anzugs und eingebettet in die Bearbeitung des Anzugs Tanja Soland und Konsorten betreffend «Einführung einer Gesamtstrategie in der Korruptionssensibilisierung und –bekämpfung» prüfen. Eine isolierte Umsetzung der Forderung lehnt er ab.

